



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/v/245

20. Oktober 1950

## Hinweise auf den Inhalt:

Zum Remilitarisierungs-Gespräch	S.1
Die Kriegsgefangenenfrage vor der UNO	S.3
Zum Rücktritt von Sir Stafford Cripps	S.4
Droht eine Radikalisierung der Flüchtlinge? -Von der Soziologentagung in Detmold-	S.5

### Keine deutsche Initiative !

P.R. Unverkennbar drängt die internationale Entwicklung in schnellem Tempo auf wichtigste Entscheidungen hin. Noch in diesem Monat werden die Militärfachleute der Alliierten in Washington zusammentreten, um Verteidigungsfragen zu beraten. Truman hat noch einmal das Programm der amerikanischen Aussenpolitik entwickelt, das man mit dem Wort vom bewaffneten Frieden umreissen könnte. Bevin hat erklärt: Ost-West-Gespräche nur in der UNO, und in Frankreich beginnt sich ein Wandel in der Einstellung zur Frage der deutschen Eingliederung in westliches Verteidigungssystem anzubahnen.

Die Gefahr einer nervösen und gefühlsbetonten Betrachtungsweise dieser verwickelten Zusammenhänge liegt nahe. In Wirklichkeit besteht aber dazu kein Anlaß. Allen alarmierenden Berichten, soweit sie sich auf die grossen internationalen Zusammenhänge beziehen, sollte man mit Skepsis begegnen. Grösste Aufmerksamkeit gehört aber allen den Vorgängen in Deutschland selbst, welche auf den Willen bestimmter Kreise schliessen lassen, aus der allgemeinen Unruhe Nutzen für die eigenen politischen Wünsche zu ziehen. Es hat in dieser Richtung in der letzten Zeit eine verwirrende Fülle von Nachrichten mehr oder weniger militanten Charakters gegeben. Alliierte Stellen in Deutschland waren von diesem "Militär-Lärm" recht wenig erbaut, obwohl man weiss, dass z.B. bei den Amerikanern ein grosses Interesse an einem militärischen Beitrag Deutschlands besteht. Aber gerade hohe amerikanische Stellen vertreten die Meinung, dass solche Dinge nicht improvisiert und dilettantisch betrieben werden sollten,

sondern auf der Basis einer gründlichen öffentlichen Meinungsbildung mit einer überzeugenden demokratischen Legitimation.

Vor allem sind die Vorschläge abzuwarten, die als Ergebnis der erwähnten Verhandlungen innerhalb der atlantischen Organisation vermutlich Deutschland gemacht werden. Jede Übereilung auf deutscher Seite wäre vom Übel, weil vollkommene Klarheit über das, was die westlichen Alliierten in dieser deutschen Lebensfrage zu tun bereit und fähig sind, die unerlässliche Voraussetzung für jede deutsche Festlegung zu sein hat. Es wäre vor allem psychologisch schädlich, wollten sich die Deutschen irgendwie aufdrängen. Allzu leicht könnte eine solche Haltung als das Wiederaufflammen eines militaristischen Geistes mißdeutet werden, von dem das deutsche Volk, wie sich täglich neu zeigt, frei ist.

Das Jonglieren mit Divisionen, mit Positionen aus Militär-Etats und mit Produktionsziffern aus der Rüstungsindustrie ist, soweit es den deutschen Gesprächspartner betrifft, ein müßiges und gefährliches Spiel. Das alte Wort *si vis pacem para bellum* - wenn Du den Frieden willst, bereite Dich auf den Krieg vor - darf für Deutschland für absehbare Zeit nicht gelten, zumindest nicht aus eigenem Entschluss. Es wird sich später erweisen, ob die Alliierten ein entsprechendes Verlangen stellen, im krassen Gegensatz zu ihrer jahrelangen These nach dem Ende des Krieges, und ob sie bereit sind, dafür eine vollgültige Gleichberechtigung in Form einer aufrichtigen Schicksalsgemeinschaft zu gewähren. Es ist eine spätere Sorge, zu überlegen, wie man darauf vernünftigerweise zu reagieren haben wird. Eine deutsche Initiative in dieser Frage aber erscheint zur Zeit in jeder Hinsicht unzweckmässig.

- - - -

#### Die neuen Titel

sp. Die bisherigen Titel der Bürokratie, wie Ministerialdirektor, Ministerialrat, Regierungsdirektor usw. sollen in der Sowjetzone künftig in "Funktionäre des Volkes" geändert werden. Der besseren Unterscheidung wegen schlagen wir vor, mit "Funktionär-Anwärter" zu beginnen und über "Unterfunktionär-Assistent", "Oberfunktionär" "Stabsoberfunktionär", "Held der obersten Funktionen" zu enden. Als Dienstauszeichnung eignet sich unserer Meinung nach vielleicht ein vielklassiger "Orden vom roten Amtschimmel".

- - -

Die deutschen Kriegsgefangenen und die UNO

H.St. Lake Success, Ende Oktober

Die gegenwärtig in Lake Success tagende fünfte orientliche Generalversammlung der UNO, die alljährliche grosse, meist 3 - 4 Monate dauernde Session des "Parlaments" der "Vereinten Nationen", in der alle 60 Mitgliederstaaten mit je einer Stimme vertreten sind, ohne Vetorecht und andere Privilegien für die Grossmächte, hat auf ihrer Tagesordnung einen Punkt, der das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion zum Gegenstand hat. Es ist dies das erste Mal, dass überhaupt eine Generalversammlung der UNO irgend ein deutsches Problem behandelt und schon aus diesem Grunde bemerkenswert.

Frau Edith Sampson, Rechtsanwältin in Chicago, eine Negerin, die als Juristin und soziale Vorkämpferin in Amerika einen guten Namen hat und dieses Jahr zum ersten Mal der amerikanischen UNO-Delegation angehört (und zugleich der erste Neger ist, der die Vereinigten Staaten bei der UNO vertritt), wird das Thema der deutschen Kriegsgefangenen vor der Weltorganisation vertreten und versuchen, wie sie sich ausdrückt, in eines der dunkelsten Kapitel der Nachkriegsgeschichte etwas Klarheit zu bringen. Sie gibt sich keinen Illusionen hin und weiss genau, dass es schwer sein wird, die Russen auch nur soweit zu bringen, dass sie Auskunft geben, aber sie ist doch der Meinung, dass ihr Vorstoß nicht ganz vergeblich sein wird. Die ganze Welt, einschliesslich der Sowjetregierung, soll wissen - meint sie - dass die deutschen Kriegsgefangenen in Russland nicht vergessen und aufgegeben sind, sondern dass wir, die amerikanische Regierung, uns für sie einsetzen; und wenn es uns gelingt, die grosse Staatengemeinschaft der "Vereinten Nationen" und die öffentliche Meinung der Welt zu mobilisieren, dann wird dieser moralische Druck den Kreml doch nicht gänzlich gleichgültig lassen. Und auch die deutsche Öffentlichkeit wird erkennen, dass sie in dieser erschütternden Frage nicht allein und verlassen dasteht, sondern dass die amerikanische Regierung sich ihrer anzunehmen sucht.

Natürlich müssen die Amerikaner damit rechnen, dass die Russen ihnen antworten, sie suchten nur mit dem Vorbringen dieser Frage eine Propagandawirkung zu erzielen; aber von der amerikanischen UNO-Delegation wird das energisch bestritten. Washington wolle ein für alle Mal klargestellt sehen, so erklärt man, dass Kriegsgefangene nicht vergessene Existenzen sind, und es wolle für alle künftigen Eventualitäten die Warnung aussprechen, dass die Regeln der Haager und Genfer Konventionen über die Behand-

lung der Kriegsgefangenen, die Inspektionen durch das Internationale Rote Kreuz usw. respektiert werden müssen. Gerade die Behandlung amerikanischer Kriegsgefangener in Korea durch die Nordkoreaner hat die Notwendigkeit einer solchen Warnung sehr dramatisch unterstrichen. Die deutschen Angehörigen von in Russland verschollenen Kriegsgefangenen werden sich keiner übereilten Hoffnung hingeben dürfen - aber wenn es zu der Einsetzung einer internationalen Untersuchungskommission in dieser Frage kommt, was recht wahrscheinlich ist, so muss man das als ersten Erfolg doch schon anerkennen.

- - -

#### Lehrmeister der Einschränkung

(with.) So wird einmal eine spätere Geschichtsschreibung den Mann bezeichnen, der in diesen Tagen von seinem Amt als Schatzkanzler zurückgetreten ist: Sir Stafford Cripps. Sein Name ist unlöslich mit dem halb freiwilligen und durch die Not der Nachkriegszeit erzwungenen Verzicht auf Luxus verbunden und der unter dem Schlagwort "austerity" bekannt wurde.

Die Geschichte wird ihn nur am Rande als den Sohn eines Lord Permoor, der in der spätviktorianischen Zeit eine grosse Rolle spielte, erwähnen; sie wird auch nur am Rande vermerken, dass Cripps Englands bekanntester Fachmann für Kirchenrecht war und zu den am höchsten bezahlten Anwälten des Inselreiches gehörte. Sie wird ihn aber als den Staatsmann nennen, der an den Anstrengungen Englands, die Funder des Krieges zu heilen, den grössten Anteil hatte. Ohne Rücksicht auf jede Popularität zog er die Konsequenzen aus der kriegsbedingten Verarmung Englands, ausgedrückt in seiner Parole: "England muss sich wieder grosshungern!".

Sir Stafford Cripps war 1939 aus der Labour Party ausgeschieden, weil er eine Volksfront nach französischem Muster bilden wollte. Erst am Ende des Krieges trat er der Partei wieder bei. Sein in der Vorkriegszeit zutage getretener Radikalismus hatte sich gewandelt. Hierzu wird nicht unwesentlich seine Tätigkeit als Botschafter in Moskau beigetragen haben, die ihm wohl die Diskrepanz zwischen christlich-sozialistischer und bolschewistischer Lebensauffassung zu offensichtlich vor Augen geführt hat.

Durch den Rücktritt Sir Stafford Cripps verliert nicht nur die Regierung eines ihrer hervorragendsten Mitglieder, sondern auch die Labour Party im Unterhaus einen Politiker, der wegen seiner Strenge, seines Sarkasmus und seines umfangreichen Wissens bei den politischen Gegnern eben-

so angesehen wie gefürchtet war. Er wurde im Unterhaus als der Mann der Labour Party angesehen, der es an Format mit dem so ganz anders gear- teten Churchill aufnehmen konnte.

- - -

### Droht eine Radikalisierung der Flüchtlinge?

Auf dem Deutschen Soziologenkongress in Detmold, der sich mit den aktuellen Fragen der Vertriebenen und der Bürokratisierung befasste, teilte Prof. Schelsky (Hamburg) das Ergebnis von Untersuchungen mit, die er mit seinen Mitarbeitern in zahlreichen Flüchtlingsfamilien vorwie- gend der britischen Zone vorgenommen hat. Mit Hilfe von Erhebungen, Fra- gebogen usw. sollte vor allem die seelische Verfassung der Vertriebenen ermittelt werden. Das Resultat war in mehrfacher Hinsicht aufschlussreich ja überraschend.

Schelsky untersuchte vor allem Flüchtlingsfamilien, die sich nicht mehr in Lagern befinden, sondern wieder "Boden unter den Füßen" haben. Dabei ergab sich, dass diese Familien nicht etwa - was bei ihrem Schick- sal nicht verwunderlich gewesen wäre - besonders zerrüttet waren, son- dern im Gegenteil meist einen besseren Zusammenhalt als die einheimischen Familien bewiesen. Die gemeinsame Not hatte bei ihnen einer Auflösung entgegengewirkt, der die Familie im allgemeinen heute zunehmend unter- liegt. Eine Ergänzung ist dazu die statistisch erhärtete Tatsache, dass die Kriminalität unter den Vertriebenen geringer ist als unter den Ein- heimischen.

Im übrigen zeigte sich den Forschern eine weitreichende soziale Isolierung der Flüchtlingsfamilien. Alte Beziehungen wurden abgestossen, neue Freundschaften werden nicht gern geknüpft; man konzentriert sich ganz auf die eigenen Ziele. Und dieser Wille zur Isolierung zeigt sich nicht nur gegenüber den Menschen, sondern ebenso gegenüber den gesell- schaftlichen und staatlichen Einrichtungen. Die Vertriebenen sind am öffentlichen Geschehen - soweit es nicht, wie der Lastenausgleich, ihre eigensten Interessen betrifft - im allgemeinen wenig interessiert. Sie sind gleichsam ganz nach innen, auf ihre persönliche Lage konzentriert. Schelsky sieht in diesem Zustande eine Energiequelle, die in der Zukunft dahin führen könne, dass die Tüchtigen unter den Vertriebenen auf vie- len Gebieten an die Spitze gelangen. Vor allem erblickt er darin aber eine Behinderung radikaler Tendenzen.

Von einer "drohenden Radikalisierung" der Vertriebenen ist in letz-

ter Zeit, vor allem nach ihrem Wahlsieg in Schleswig-Holstein, viel die Rede gewesen. Die Sprecher der Flüchtlingsvereinigungen haben sie als politisches Droh- und Druckmittel gebraucht. Die nüchternen Feststellungen des Wissenschaftlers machen es jedoch wahrscheinlich, dass das politische Desinteressement und die allgemeine Skepsis gegen grosse politische Worte eine solche Entwicklung verhindern werden. Selbst in den eigenen Reihen fehlt den Vertriebenen meist ein stärkeres Gefühl des Zusammenhangs, und wo kein gemeinsames soziales Bewusstsein existiert, kann es zu einem neuen Klassenkampf kaum kommen.

Zu teilweise anderen Ergebnissen kam man im bayerischen Bereich. Das Streben nach sozialer Isolierung konnte von dorther nicht bestätigt werden. Mehr als die Hälfte der Vertriebenen hat dort geselligen Verkehr mit den Einheimischen und sucht den sozialen Kontakt. Mehr als die Hälfte der 1949 in Bayern von den Vertriebenen geschlossenen Ehen wurde mit Einheimischen eingegangen.

Über die inneren Zustände in den Vertriebenenfamilien hat Schelsky weitere Feststellungen gemacht. Das Streben nach dem sozialen Wiederaufstieg erzeugt in diesen Familien eine dauernde Überanstrengung und führt - zusammen mit der bedrückenden Wohnenge - oft zu Überreiztheit und Nervosität. Zur Pflege innerer Werte fehlen Zeit und Geld. Die gegenseitige Unterstützung im Lebenskampf, die Ursache jener Festigung des Zusammenhalts, verursacht eine seelische Verarmung. Die Familien gewinnen an Stabilität, verlieren aber an innerer Wärme. Die Partnerwahl wird frühzeitig und weitgehend versachlicht, der Wille zur Existenzgründung ist oft der entscheidende Grund der Heirat. In vielen Familien verschiebt sich die Autorität zugunsten der Frau. Die väterliche Autorität hängt von den äusseren Umständen stärker ab und wird durch Berufsverlust, lange Gefangenschaft usw. leicht untergraben. Sie besteht oft nur noch als Fassade, dahinter steht die wirkliche Entscheidung durch die Frau. Diese selbst wird dadurch freilich mit Aufgaben überlastet und ist von der Gefahr allmählicher Erschöpfung bedroht.

Im Hinblick auf die Wechselwirkung zwischen Vertriebenen und Einheimischen hat Schelsky die Beobachtung gemacht, dass die ersten in vielen Fällen die Stärkeren sind. Es tritt dann der merkwürdige Zustand ein, dass sich die Einheimischen einer Entwicklung angleichen, die bei den Flüchtlingen begann. Vielleicht, so kann man hinzufügen, hat dies seine letzte Ursache darin, dass in mancher Beziehung die Vertriebenen nur der extremste Fall einer Entwicklung sind, die auf allgemeinere Bedingungen zurückgeht.